

RM Just erklärt, dass seine Fraktion die Überarbeitung der Potenzialstudie beantragt, weil die angegebenen Zielvorgaben nachweislich falsch sind und suggeriert wird, dass die Stadt Schortens bis 2030 1,4 % der Stadtfläche für Windkraft zur Verfügung stellen soll.

Ausführlich erläutert er die Vorgaben des Bundes aus dem neuen „Wind-an-Land-Gesetz“ zur Ausweisung von Flächen für Windkraft. RM Just teilt mit, dass die Möglichkeiten in Stadt und Land sehr unterschiedlich sind und daher nicht jede Kommune den gleichen Anteil ihrer Gesamtfläche zur Verfügung stellen kann. Die Vorgaben des Bundes sind daher durch das Land entsprechend dem Flächenpotenzial der Kommunen runterzubrechen auf einen bestimmten Prozentsatz der Potenzialfläche. RM Just erklärt, dass die Stadt Schortens demnach nicht 1,4 %, sondern 0,93 % ihrer Gesamtfläche ausweisen müsste.

Diese Differenz sei nicht unerheblich, so RM Just, weil in der Potenzialstudie mit diesen falschen Zahlen die Ausweisung des zusätzlichen Windparks „Hohewarf“ begründet werde. Weiter führt er aus, dass zur Erreichung der direkt formulierten Ziele die Windparks in „Ostiem“ und „Klein Ostiem“ ausreichen würden.

Er unterstreicht, dass es sich hierbei um eine Planungsempfehlung handelt, die später eventuell in einen Flächennutzungsplan übernommen wird und gibt zu bedenken, dass es sich dann um einen Abwägungsfehler handeln könnte, weil den Belangen der Wohnbevölkerung um den Windpark Hohewarf herum – nämlich von Accum, Grafschaft und Sillenstede – nicht das relative Gewicht beigemessen wurde.

RM Just betont, dass es einen Unterschied darstellt, ob die Flächen zur Erreichung der Landesziele benötigt werden oder ob man über die Ziele hinausgehen möchte und die Belange „Wohnwert“ und „Landschaftsbild“ untergewichtet werden.

Sofern dem Antrag nicht gefolgt werden sollte, stellt er den nachfolgenden Antrag:

Die Fläche „Hohewarf“ ist aus der Potenzialstudie herauszunehmen.

RM Thiesing teilt mit, dass im Fachausschuss eine juristische Beratung unter Beteiligung eines Planungsbüros erfolgt ist und alle Kriterien nachvollziehbar dargestellt wurden. Er betont, dass mit der Potenzialstudie zunächst nur das zur Verfügung stehende „Potenzial“ ermittelt wird und bis zur Umsetzung einer konkreten Planung viele weitere Schritte erfolgen müssen.

Nach Ansicht von RM Thiesing ist es aufgrund der derzeitigen Energiewende die Pflicht des Rates - unter Berücksichtigung der Belange der Bürger*innen -, alle Möglichkeiten zur Ausweisung von Windkraftflächen zu berücksichtigen. Den Zusatzantrag der Fraktion „Freie Bürger“ lehnt er daher ab.

RM Grimpe spricht sich dafür aus, so viel Windparkflächen wie möglich auszuweisen.

RM Conrad erklärt, dass viele Menschen sich sowohl durch den Anblick als auch durch Geräusche der Windkraftanlagen gestört fühlen. Daher hält er es für wichtig, auch die Belange dieser Bürger*innen zu berücksichtigen. Er spricht sich dafür aus, nicht alle möglichen Flächen auszuweisen und zunächst die weitere Entwicklung und andere Möglichkeiten abzuwarten.

Auch **RM Homfeldt** hält es aufgrund der Energiewende für erforderlich, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Der Hinweis von RM Conrad auf die Bürger*innen sei sehr wichtig und daher habe seine Fraktion auch parallel beantragt, die Angelegenheit genossenschaftlich zu regeln, so dass Bürger*innen mit kleinem und großem Geld sich daran beteiligen können. Er stellt heraus, dass es sich bei der Sicherstellung der Energieversorgung um eine

Zukunftsaufgabe für die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger handelt und der Sinn vielleicht auch leichter erkannt wird, wenn alle etwas davon haben.

RM Just hält es für unangemessen hier in Schortens alles der Windkraft zu opfern. Er weist darauf hin, dass die Stadt mit den zwei Windparks in „Ostiem“ und „Klein Ostiem“ bedeutend mehr Leistung erzeugt als für das Jahr 2032 gefordert ist.

RM Thiesing erwidert, dass die Potenzialstudie nicht die Leistung beinhaltet, sondern die Flächen und stellt heraus, dass eine Abwägung zwischen den zu erfüllenden Belangen und der gesellschaftlichen Verpflichtung den Bürger*innen gegenüber unter Berücksichtigung der bestehenden Energieknappheit erfolgt ist. Er betont, dass es aufgrund der derzeitigen Situation notwendig ist, die Möglichkeiten zur Energieerzeugung im vertretbaren Maße zur Verfügung zu stellen und es sich hierbei nicht um eine Übererfüllung handelt.

RM Buß unterstützt die Ausführungen des RM Thiesing. Sicherlich werde den Bürger*innen sehr viel zugemutet, allerdings müsse man auch der Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Energiepreise entgegenwirken.